KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Andreas Bluhm, Fraktion DIE LINKE

Stand der Vorbereitungen in den integrativen Grundschulen zum Schuljahr 2011/2012

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie bewertet die Landesregierung den derzeitigen Stand der Vorbereitung für die integrative Beschulung an Grundschulen in den Klassenstufen 1 und 2?

Seit 2000 hat die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht beständig zugenommen. Sonderpädagogische Fortbildungen für die in diesen Angeboten tätigen Lehrkräfte wurden in den vergangenen Jahren durch das IQMV (ehemals LISA) bereitgestellt. Der weiter gewachsenen Nachfrage wird mit einem flächendeckenden Angebot entsprochen.

In Vorbereitung des Schuljahres 2011/2012 werden Schulleiter, Grundschullehrkräfte und Sonderpädagogen für die Arbeit im gemeinsamen Unterricht vorbereitet sowie während des Prozesses der Umsetzung begleitet und beraten.

Alle Lehrkräfte zukünftiger 1. Klassen erhalten ein Fortbildungsangebot zur Integration/Inklusion im Umfang von 2 Fortbildungstagen. Dieses Fortbildungsangebot ist in Zusammenarbeit mit der Universität Rostock durch zwei Veranstaltungen für jeweils ca. 200 Lehrkräfte zu den Terminen 15./16.06.2011 und 08./09.08.2011 gesichert. Für die Lehrkräfte von zukünftigen 2. Klassen ist ein Fortbildungsangebot im Umfang von 2 Fortbildungstagen für den Zeitraum Oktober 2011 in Vorbereitung.

An den Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen werden im Schuljahr 2011/2012 keine ersten und zweiten Klassen gebildet. Damit wird die integrative Beschulung von Kindern mit Beeinträchtigungen im Lernen landesweit auf die Jahrgangsstufe 2 aller Grundschulen ausgedehnt. Mit Ausnahme Rügen erfolgt eine Förderung in der Diagnoseförderklasse oder der entsprechenden Grundschulklasse.

Das Vorhaben der Präventiven und Integrativen Grundschule Rügen geht über eine integrative/inklusive Beschulung von Schülern mit Lernproblemen hinaus. Es erfasst ebenso Schüler mit Entwicklungsproblemen in der Sprache sowie in der emotionalen und sozialen Entwicklung. Es erfolgt zum Schuljahr 2011/2012 in dieser Region keine Beschulung an Schulen mit dem Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung sowie in Diagnoseförderklassen an Grundschulen in den 1. und 2. Klassen. Das hier stark präventiv ausgerichtete Konzept zur Vermeidung des Entstehens von Schulleistungsversagen wurde durch das Institut für sonderpädagogische Entwicklungsförderung und Rehabilitation der Universität Rostock um Prof. Dr. Bodo Hartke auf der Grundlage der aktuellen empirischen Ergebnisse der Unterrichtsforschung erarbeitet.

Bereits nach einem Jahr kann festgestellt werden:

- Es finden deutlich vermehrt binnendifferenzierte Unterrichtsangebote statt, um den unterschiedlichen Lernausgangslagen der Kinder weitestgehend gerecht zu werden.
- Das Lernklima in den Klassen ist sehr positiv.
- Die Mehrzahl der Lehrer kommt zunehmend von einem starken Lenkungsverhalten weg hin zu einem mittleren Maß an Lenkung, um den Kindern bereits in Klasse 1 selbstorganisierte Lernprozesse zu ermöglichen.
- Es werden Unterrichtsmaterialien eingesetzt, die sowohl lernschwachen als auch lernstarken Kindern gerecht werden.
- Es werden an allen Grundschulen hoch bewährte Verfahren der Förderung im Förderunterricht eingesetzt.
- Die Lehrkräfte berichten in Gesprächen, dass sie mit einer höheren Anzahl an Kindern die Lernziele erreichen - Prävention scheint zu gelingen.
- In den Schulen findet verstärkt eine datenbasierte Förderplanung statt.
- Das inhaltliche Konzept der Universität ist zwar sehr anspruchsvoll, aber es zeigt sich, es ist umsetzbar und wird von ca. 75 % der Lehrkräfte (anonyme Befragung zum Schuljahresende) als deutlicher Fortschritt erlebt.
- Von den Lehrkräften werden recht wenige Kinder als verhaltensauffällig eingeschätzt.
- 16 Lehrkräfte entschieden sich, dieses Konzept als Fortbildner zu multiplizieren.
- Schulorganisatorisch funktioniert das Mehrebenenpräventionsmodell, ebenso die Kooperation Förderschullehrer und Grundschullehrer.
- Kurze Wege für die Schüler, keine langen Fahrwege zu Standorten mit Diagnose- und Förderklassen und Sprachheilklassen - die soziale Einbindung der Kinder am Wohnort ist so besser möglich.
- Keine langen Wartezeiten zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, sondern innerschulische präventive und integrative Förderung zeitnah.
- Das Konzept hat bei den Eltern eine hohe Akzeptanz gefunden.

Diese Ergebnisse geben viele wertvolle Impulse für den Prozess der Einführung der integrativen/inklusive Schule und fließen ein in die Fortbildung der Lehrkräfte des gesamten Landes.

2. Wer stellt bei der integrativen Beschulung den Förderbedarf der Schülerin oder des Schülers fest und bis wann soll nach Beginn des Schuljahres ein diagnostisch fundiertes Ergebnis vorliegen?

Seit dem Schuljahr 2010/2011 erfolgt die pädagogische und sonderpädagogische Diagnostik durch den zentralen Diagnostischen Dienst der vier Staatlichen Schulämter.

Die Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten Lernen, geistige Entwicklung, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler sowie die zentrale Koordinierung zur Erfassung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen wird regional durch den Diagnostischen Dienst des jeweiligen Staatlichen Schulamtes durchgeführt.

Die Diagnostik zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Förderschwerpunkten Hören und Sehen erfolgt schulamtsübergreifend durch den Diagnostischen Dienst der Staatlichen Schulämter Rostock (Hören) und Schwerin (Sehen).

Sonderpädagogischer Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen kann erst im Verlauf der ersten zwei Schuljahre sicher diagnostiziert werden, da die Schülerinnen und Schüler zunächst schulische Lernprozesse erfahren sollten. Auch für Experten ist es schwierig, bei Schulanfängern eindeutig zwischen Entwicklungsverzögerungen, starken Entwicklungsverzögerungen und dem Vorliegen eines möglichen sonderpädagogischen Förderbedarfs in den verschiedenen Förderschwerpunkten zu unterscheiden.

Auf Rügen erfolgt in Klasse 1 und in den folgenden Jahrgangsstufen keine Diagnostizierung. Die notwendige Förderung wird durch den erhöhten Schülerfaktor sofort möglich.

3. Ist vorgesehen, die Klassengröße in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der in der Klasse zu integrierenden Förderschülerinnen/Förderschüler und binnendifferenziertem Unterricht nach oben zu begrenzen?
Falls ja:

- a) Welche Höchstschülerzahl wird in Abhängigkeit von der Anzahl der Förderschülerinnen/Förderschüler noch für angemessen gehalten bzw. soweit eine Schülerzahlbegrenzung nicht erfolgt, werden dann Zusatzstunden für die ggf. temporäre Bildung von Lerngruppen zur Verfügung gestellt?
- b) Von wem werden die dazu erforderlichen Zusatzstunden zur Verfügung gestellt?
- c) In welcher Höhe werden welche Stundenvolumina den Grundschulen für die Umsetzung des Vorhabens zusätzlich zur Verfügung gestellt?

Die Fragen 3, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Maßstab ist die „Verordnung zur Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung“ (Förderverordnung Sonderpädagogik - FöSoVO) vom 02.09.2009 (Mittl.bl. BM M-V 2009 S. 827). Die Schule selbst legt im Rahmen der schülerbezogenen Mittelzuweisung fest, in welcher Weise das zugewiesene Budget ausgehend von der individuellen Förderplanung eingesetzt wird. Dabei sind auch die Arbeitsbelastungen der verantwortlichen Lehrkräfte zu beachten.

Mit der Einführung der „Selbstständigen Schule“ haben alle Schulen unseres Landes neue Aufgaben und Verantwortung, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung des Unterrichts, den Einsatz von Finanzen und die Personalsteuerung, übernommen.

Der größere Handlungsspielraum ermöglicht den Schulen, in eigener pädagogischer Verantwortung über den Einsatz der zugewiesenen Lehrerstunden des Grund- und Zusatzbedarfs, über die Bildung von Klassen und Lerngruppen sowie über die Organisation der individuellen Förderung nach Maßgabe der festgestellten individuellen Bedarfe zu entscheiden. So haben die Grundschulen auf Rügen in Abstimmung mit den Schulkonferenzen die Bildung von Klassen mit geringeren Anzahlen an Schülern in den Klassen 1 und 2 beschlossen. Hier wurden geschickte Lösungen bei der Erarbeitung der schulinternen Stundentafel gefunden. In der Regel lernen die Kinder in Klassen mit weniger als 20 Schülern.

Den Schulen werden zur Absicherung des Grundbedarfs und des sonderpädagogischen Bedarfs Lehrerstunden gemäß der „Verordnung zur Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2011/2012 (Unterrichtsversorgungsverordnung 2011/2012 - UntVersVO 2011/2012)“ vom 8. April 2011 (Mittl.bl. BM M-V 2011 S. 214) zugewiesen. D. h., für eine individuelle Förderung im gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler, für Schülerinnen und Schüler mit diagnostizierter und anerkannter Legasthenie/Dyskalkulie, für den Einzelunterricht für schwer verhaltensgestörte Schülerinnen und Schüler, sowie für Haus-, Krankenhaus- und Sanatoriumsunterricht werden gemäß § 6 der Verordnung zusätzliche Förderstunden zur Verfügung gestellt.

Für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 und 2 auf Rügen erfolgt die Zuweisung der Lehrerstunden auf der Grundlage eines einheitlichen um 0,18 erhöhten schülerbezogenen Faktors. Dieser ersetzt die bisherigen Zuweisungen für Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung, Sprache sowie die Zuweisung für Diagnoseförderklassen, Legasthenie/Dyskalkulie und für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler. Diese Stunden werden von Sonderpädagogen für Schüler mit sich anbahnenden oder bereits erkennbaren Lern- und Verhaltensproblemen realisiert. Damit ist die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler gewährleistet.

Im Schuljahr 2009/2010 wurde die Umsetzung der gesetzlichen Stundentafeln weiter flexibilisiert. Mit der Kontingentstundentafel erhält die Einzelschule die Möglichkeit, ihren konkreten örtlichen Bedingungen besser gerecht zu werden. Dies eröffnet auch jeder Grundschule pädagogischen Freiraum. So kann sie eigenverantwortlich Schwerpunkte im Sinne der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler setzen und dabei auf das zur Verfügung gestellte Stundenkontingent zurückgreifen.

4. Soweit Frage 3 verneint wird: Welche anderen zusätzlichen Rahmenbedingungen hält die Landesregierung für die integrative Beschulung für notwendig und erforderlich und welche konkreten Maßnahmen wurden dazu von ihr ergriffen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

5. Wie wird der zusätzliche Arbeitsaufwand der Grundschullehrkräfte für die Vorbereitungsarbeiten und die Begleitung des integrativen Unterrichts z. B. Förderbedarfsdiagnose und deren Umsetzung sowie Evaluation des Prozesses und der Ergebnisse vergütet (bitte nach Klassenstufe 1 und Klassenstufe 2 unterteilen)?

Der in Frage 5 benannte zusätzliche Arbeitsaufwand gehört zu den allgemeinen Aufgaben einer Grundschullehrkraft gemäß § 100 Absatz 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 5 Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2010 (GVOBl. M-V S. 462).

Fördern ist ein Grundprinzip pädagogischen Handelns und der Ausgangspunkt von Unterricht, Bildung und Erziehung in der allgemeinen Schule. Es ist die Aufgabe der Lehrkräfte, diesem Anspruch durch eine gezielte und geplante Förderung Rechnung zu tragen. Für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler werden Förderpläne entwickelt, die den Entwicklungsstand und die Lernausgangslage, die individuellen Stärken und Schwächen, Förderchancen und Fördermaßnahmen beinhalten.

Dieser Auftrag ist fest im Schulgesetz verankert und wird durch entsprechende Verordnungen und Erlasse geregelt.

6. Spätestens 3 bis 4 Wochen nach Schuljahresbeginn soll der Förderunterricht beginnen.
 - a) Wer soll diesen Unterricht mit welchen Anteilen durchführen?
 - b) Wie wird verfahren, wenn an der Schule zu diesem Zeitpunkt für diesen Unterricht kein oder nicht ausreichend vorbereitetes und geschultes Personal vorhanden ist?

Die Fragen 6 a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Erstellung, Umsetzung und Dokumentation der Förderplanung war und ist auch im Rahmen der integrativen Beschulung gemeinsame Aufgabe aller beteiligten Lehrkräfte in Verantwortung des Klassenleiters - bei vermutetem bzw. festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in enger Kooperation der Lehrkräfte der einzelnen Schulbereiche und Schularten.

Die Förderplanung bei Lernbeeinträchtigungen im Bereich Legasthenie und/oder Dyskalkulie wird durch speziell ausgebildete Lehrkräfte fachlich begleitet.

Es ist Aufgabe der unteren Schulbehörde, die personellen Voraussetzungen für notwendige Maßnahmen der individuellen Förderung zu schaffen, sodass im Bedarfsfall das entsprechende Personal zur Verfügung steht.

Für den Bereich Rügen stellt sich die Realisierung des Förderunterrichts in folgender Weise dar:

Die Grundschullehrer erfassen das schulische Vorwissen in den ersten Wochen der 1. Klasse für den muttersprachlichen und mathematischen Bereich. Sie realisieren die Förderung von Kindern in Kleinstgruppen im Verhältnis von bis zu 5 Kindern bei etwa 25 Schülern.

Hier finden evidenzbasierte Förderprogramme für Schüler mit Risikowerten Anwendung, um die Grundlagen für den sicheren Erwerb der Kulturtechniken zu schaffen. Die Sonderpädagogen ermitteln die kognitiven Fähigkeiten sowie den Sprachentwicklungsstand und ggf. emotionale und soziale Problemlagen bei Schülern. Die Förderung erfolgt auch hier mit Hilfe vielfach empirisch bewährter Förderprogramme, beispielsweise des Denktrainings zum induktiven Denken.

Die Grundschullehrkräfte und Lehrkräfte der Förderschulen wurden und werden, wie in der Antwort zu Frage 1 dargestellt, auf die bedarfsgerechte individuelle Förderung vorbereitet.

7. Unter welchen konkreten Voraussetzungen erfolgt der Einsatz von zusätzlichen Förderschulpädagoginnen/Förderschulpädagogen an den Grundschulen?
 - a) Wer legt die Zuordnung zu den Schulen und die jeweiligen Einsatzstunden fest?
 - b) Werden den Förderschullehrkräften Zusatzstunden außerhalb ihres Pflichtstundenanteils gewährt und wenn ja, für welche Aufgabe und in welcher Höhe?
 - c) Womit wird begründet, dass beim Einsatz von Förderschullehrkräften an Grundschulen sich dann für sie die bisherige Pflichtstundenanzahl von 27 auf 27,5 erhöht?

Die Fragen 7, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Die unteren Schulbehörden haben gemäß der Unterrichtsversorgungsverordnung 2011/2012 eine gleichmäßige Unterrichtsversorgung an den ihnen unmittelbar unterstellten Schulen unter Berücksichtigung der Gesamtversorgung sicherzustellen.

Entsprechend der übertragenen personalrechtlichen Befugnisse legt die untere Schulbehörde im Rahmen der zugewiesenen Stellen und Mittel die Zuordnung zu den Schulen und die jeweiligen Einsatzstunden fest.

Gemäß der Verwaltungsvorschrift „Festsetzung der Unterrichtsverpflichtungen der Lehrkräfte für das Schuljahr 2011/2012“ (Mittl.bl. BM M-V 2011 S. 226) beträgt die Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte an Förderschulen 27 Wochenstunden. Bei einem Einsatz in mehreren Schularten richtet sich das Regelstundenmaß nach dem überwiegenden Einsatz. Da die Sonderpädagogen zur Realisierung sonderpädagogischer Aufgaben im Rahmen einer Abordnung beauftragt werden, erhöht sich ihre Unterrichtsverpflichtung nicht, verbleibt diese bei 27 Wochenstunden.

Das Rügener Inklusionsmodell verteilt die Stunden entsprechend der Anzahl der Schüler der Grundschule (mit und ohne Förderbedarfe), multipliziert mit dem Faktor von 0,18 Wochenstunden. Mit diesem Budget plant das Team von Grundschullehrern und Sonderpädagogen unter Mitwirkung der Schulleitung den Einsatz des Sonderpädagogen vor dem konkreten Hintergrund der Situation der Klasse und einzelner Schüler. Diese Handhabung ermöglichte im ersten Jahr die Umsetzung des Konzeptes in sehr verantwortungsvoller Weise. Unterstützungspotentiale in der Region Rügen ergeben sich zudem aus den Stellen des Personals für sonderpädagogische Aufgabenstellungen.

Dieses Personal war bislang in den Sprachheilklassen und Klassen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung eingesetzt, die auf Rügen ja in den Klassenstufen 1 und 2 nicht mehr gebildet werden.

8. Welche zusätzlichen Fördermaßnahmen und Förderstunden werden für die Weiterführung der integrativen Grundschule in der 2. Klassenstufe zusätzlich zur Verfügung gestellt?
 - a) Für Schülerinnen und Schüler?
 - b) Für Lehrkräfte (bitte getrennt für Förderschullehrkräfte und Bestandslehrkräfte)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Der Ausbau integrativer Beschulungsangebote bedeutet eine intensive Unterstützung und Beratung von Schulen, Lehrern und Eltern. Aus diesem Grund werden bereits mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 sechs Beraterinnen bzw. Berater für Integration und Sonderpädagogik ihre Tätigkeit an den vier Staatlichen Schulämtern in Rostock, Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin aufnehmen.

9. Wie hoch schätzt die Landesregierung den zusätzlichen Bedarf an Aufwendungen der Schulträger bei der Beschaffung von z. B. anforderungsgerechten Lern- und Lehrmitteln für die integrative Beschulung?

Integrativer Unterricht ist keine grundsätzlich neue Aufgabe für die Schulträger. Gemäß § 35 Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern besteht bereits jetzt ein Regel-Ausnahme-Verhältnis zugunsten des gemeinsamen Unterrichts. Der Schulträger ist bereits jetzt gemäß §§ 102, 110, 111 Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet, den Sachbedarf des Schulbetriebs zu decken und das Verwaltungs- und Hilfspersonal zu stellen.

Für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung wird vonseiten des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur davon ausgegangen, dass es nicht zu konnexitätsrelevanten Mehrbelastungen kommt.

Belastbare Informationen bezüglich der Aufwendungen der Schulträger bei der Beschaffung von z. B. anforderungsgerechten Lern- und Lehrmitteln für die integrative Beschulung liegen der Landesregierung nicht vor.